

Schulschluss für beeinträchtigte Teenager: Ein Skandal für Österreich!

Oberösterreich: Schlussstone für 14 Familien mit behinderten Jugendlichen. Mangel an Schulplätzen gefährdet Inklusion und Zukunftsperspektiven.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Im oberösterreichischen Zentralraum werden 14 Familien mit einer alarmierenden Realität konfrontiert: Ihre Teenagerinnen mit Behinderungen, einschließlich jenen mit Downsyndrom, stehen vor dem Schulschluss im Juli vor dem Aus. Maria Katharina Moser, Direktorin der Diakonie, beschreibt die Situation als „persönliche Katastrophe“ und kritisiert die Missachtung des Rechts auf Bildung für Behinderte. Dieser Schritt stellt die Inklusionspolitik Österreichs in Frage, die neuen Regierungspläne und die Anstrengungen der Familien auf eine harte Probe.

Steigender Bedarf und fehlende Plätze

Wie aus den aktuellen Statistiken zur Ausbildung hervorgeht, sind Schulplätze für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf stark nachgefragt, jedoch gibt es nicht genügend qualifizierte Lehrkräfte und Klassenräume. Viele dieser Jugendlichen benötigen unverzüglich weitere Jahre in der Schule, um sich schulisch, beruflich und persönlich weiterzuentwickeln. Wenn die passenden Angebote fehlen, bleiben sie häufig zuhause, es droht eine Isolation im familiären Umfeld und die Gefahr, in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen vermittelt zu werden. Dies führt schließlich dazu, dass der Arbeitsmarkt weiterhin diskriminierend bleibt, wie Moser betont.

Die Pädagogische Hochschule in Oberösterreich hat einen weiteren Grund für die Prekarität identifiziert: Sie erläutert, dass weniger Kinder mit Behinderungen erfolgreich in Regelschulen integriert werden, obwohl dies für viele durchaus möglich wäre. Deshalb sind Sonderschulplätze meist an diese Schüler:innen vergeben und die Möglichkeit, über die Pflichtschuljahre hinaus zu lernen, wird stark limitiert. Zugleich beleuchtet die Pädagogik die Notwendigkeit, den Rechtsanspruch auf ein 11. und 12. Schuljahr, wie es im Regierungsprogramm verankert ist, zügig umzusetzen. Ohne eine adäquate Erweiterung inklusiver Schulangebote könnten bald ähnliche Verhältnisse wie in Wien drohen. Die Stimmen der Direktorin der Diakonie erheben sich als dringender Appell für die betroffenen Jugendlichen und deren Familien, die vor erheblichem Druck stehen müssen.

Details	
Vorfall	Bildungspolitik
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.statistik.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at